

- ☐☐ **Hartz IV: Regelleistungen decken Stromkosten nicht ab**

"[...] Bei den Stromkosten findet eine massive Unterdeckung statt. Die Folge: Hartz IV Bezieher müssen mehr für Energiekosten ausgeben, als in den Regelleistungen vorgesehen sind. Das ergab eine repräsentative Studie der Gemeinnützigen Gesellschaft für Verbraucher und Sozialberatung (GVS). Die Gefahr durch der Verschuldung ist aufgrund der Unterdeckung der Stromkosten besonders hoch, wie der Bund der Energiekunden mahnte. [...]"

Der gesamte Bericht auf gegen-hartz.de: Hartz IV reicht nicht für Stromkosten

- ☐☐ **Bundesverfassungsgericht weist Verfassungsbeschwerden zurück**

Das Bundesverfassungsgericht hat am Mittwoch drei Verfassungsbeschwerden zurückgewiesen, die sich gegen deutsche und europäische Rechtsakte sowie weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit der Griechenland-Hilfe und dem Euro-Rettungsschirm richten. Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat entschieden, dass das Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz und das Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus (Euro-Stabilisierungsmechanismus-Gesetz) nicht das Wahlrecht aus Art. 38 Abs. 1 GG verletzen.

Der Deutsche Bundestag habe durch die Verabschiedung dieser Gesetze weder sein Budgetrecht noch die Haushaltsautonomie zukünftiger Bundestage in verfassungsrechtlich unzulässiger Weise beeinträchtigt. Zur Gewährleistung der parlamentarischen Haushaltsautonomie bedürfe es jedoch einer verfassungskonformen Auslegung dieser Regelung dahingehend, dass die Bundesregierung grundsätzlich verpflichtet ist, vor Übernahme von Gewährleistungen jeweils die vorherige Zustimmung des Haushaltsausschusses einzuholen. Da die Bestimmung von Gewährleistungen zugunsten eines Mitgliedsstaates der einvernehmlichen Billigung der Staaten des Euro-Währungsgebiets bedürfe, sei

damit ein bestimmender Einfluss der Bundesregierung gesichert.

Kommentar: Das Bundesverfassungsgericht hat sich spätestens mit diesem Urteil selbst abgeschafft und der EU-Diktatur unterworfen. Das Urteil trägt Züge einer Farce. Es erklärt das Euro-Stabilisierungsmechanismus-Gesetz praktisch für verfassungswidrig, ändert dann aber einfach die Auslegungsbedingungen, nach denen es dann als verfassungskonform bewertet werden kann.

Diese Verfassungskonformität besteht in der politischen Praxis schlicht und einfach darin, dass die jeweilige Bundesregierung, sowie der Bundestag bzw. dessen Haushaltsausschuss die Beschlüsse im Rahmen des ESM, also die Übernahme von Gewährleistungen abnicken dürfen. Das freiwillige Abnicken wird also als politisch autonomes Handeln uminterpretiert und verfassungsrechtlich höchstrichterlich verankert.

In der manipulativen Dialektik der Verfassungsrichter (eigentlich: Verfassungsbrecher) klingt dies dann so, als ob das Euro-Stabilisierungsmechanismus-Gesetz verfassungskonform sei, weil eben der Einfluss des Deutschen Bundestages auf den Staatshaushalt gewahrt wäre. Ein anderes Urteil als ein solches war kaum zu erwarten: Sämtliche Verfassungsrichter sind direkt oder indirekt an die konventionellen, bürgerlichen

Parteien, die den gegenwärtigen parlamentarisch-ministerialbürokratischen Obrigkeitsstaat beherrschen, gebunden.

Eine effektive, wirkliche Gewaltenteilung gibt es damit nicht. Der gegenwärtige Zustand des Verfassungsgerichtes mit seinen dem Parteienstaat entstammenden Richtern, die sich der Wirtschafts- und Europapolitik der Exekutive unterwerfen, ist damit

ironischerweise selbst
verfassungsfeindlich. Die
Souveränität der Haushaltspolitik
selbst verkommt ebenfalls zur
völligen Farce. Die eigentliche,
rechtliche Hoheit über den
deutschen Haushalt bekommt
nun der ESM.

Mehr zum Thema Wahlen sowie richtige und falsche Demokratie (im Sinne eines aufklärerischen Freiheits- und Politikverständnisses):

- ☐ ☐ **Echte Demokratie -
„Weil Parteien keine Wahl
sind“**

- Parteienstaat ist verfassungsfeindlich

"[...] «Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung mit», heisst es im deutschen Grundgesetz. So gesehen ist die politische Realität Verfassungsbruch, denn

von «Mitwirkung» kann keine Rede sein. Die Parteien haben ein Monopol auf politische Gestaltung. Genauer gesagt: die fünf im Bundestag vertretenen Parteien. Die anderen scheitern regelmässig an der 5-Prozent-Hürde. [...] In der Praxis heisst das: Unabhängige Kandidaten sind chancenlos. Und mehr

noch: Die Bürger haben fast keinen Einfluss darauf, welche Personen aus den Parteien in den Bundestag kommen. Nur der Einzug der prominenten Führungsriege ins Parlament ist für die Wähler kalkulierbar. Darüber hinaus kommt die Zusammensetzung des Hohen Hauses jedoch über die Bürger wie ein

unabwendbarer
Schicksalsschlag. [...]"

Der gesamte Text auf [Hint](#)
[er den Schlagzeilen:](#)
[Demokratie ohne Bürger](#)

- □ □ Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpom mern

Bei den
Landtagswahlen in
Mecklenburg-Vorpomm
ern stellen erneut die

Nichtwähler die
inoffiziell stärkste
„Fraktion“. Die
Wahlbeteiligung lag bei
51,4 Prozent und war
damit im Vergleich zur
Landtagswahl 2006
noch einmal um 0,6
Prozentpunkte gefallen.
Ungültig waren 3,8
Prozent der

Wählerstimmen. Unter
den abgegebenen und
gültigen
Wählerstimmen
erreichte die SPD das
beste Ergebnis. Die
sogenannten „Sozialde
mokraten“
erhielten 35,7 Prozent
der Zweitstimmen.

Die CDU verlor und erhielt 23,1 Prozent. Die Linke erhielt 18,4 Prozent. Die Grünen zogen mit 8,4 Prozent neu in den Landtag ein. Auch der NPD gelang mit 6 Prozent der Einzug in den

Landtag. Hochkant
rausgeflogen ist
dagegen die FDP, die
mit 2,7 Prozent
deutlich an der
Fünf-Prozent-Hürde
scheitert und sich bei
den „sonstigen“
einreicht. Keine Rolle
spielen die Piraten, die
lediglich 1,9 Prozent

der Zweitstimmen
bekamen. Somit
dominieren weiterhin
die konventionellen
Parteien das
Abstimmungsverhalten
der Bevölkerung.

Das Wahlergebnis ist

vorläufig. Nicht
mitgezählt wurde der
Wahlkreis 33 auf
Rügen. Dort findet am
18. September 2011
eine Nachwahl statt.
Das inoffizielle, nicht
veröffentlichte
Wahlergebnis, das
die Nichtwähler und

damit die gesamte
Bevölkerung
Mecklenburg-Vorpom
merns
mitberücksichtigt,
sieht folgendermaßen
aus (absolute Zahlen
in Klammern) - Nicht
wähler: 48,6 Prozent
(660.106), SPD: 17,7

Prozent (239.745),
CDU: 11,4 Prozent
(155.084), Linke: 9,1
Prozent
(123.502), Grüne: 4,2
Prozent (56.438),
NPD: 3 Prozent
(40.075),
FDP: 1,4 Prozent (
18.428), ungültige

Stimmen: 1,9 Prozent
(26.164).

Kommentar:

Der übliche und notwendige Hinweis darf an dieser Stelle nicht fehlen, dass entgegen liberaler, parteienstaatlicher Propaganda und Gehirnwäsche an Wahlen nichts demokratisch ist. Erst

recht nicht bei
solchen
Wahlergebnissen, bei
denen sich knapp die
Hälfte der
Wahlberechtigten der
Stimme enthält, bzw.
sie buchstäblich
behält, anstatt sie
abzugeben und sich

damit selbst zu
entmündigen und
einer damit
scheinlegitimierten
politischen Obrigkeit
zu unterwerfen. Eine
deutliche Mehrheit
hat damit dem
liberalen
Parteienstaat erneut

eine deutliche
Absage erteilt.

Eine demokratische
Legitimation der
sozialdemokratische
n Verbrecherbande,
wie auch aller

anderen Parteien
lässt sich daraus
also in keiner Weise
ableiten. Auch nicht,
wenn man das
pervertierte
Demokratie-Verständ
nis des Liberalismus
zugrunde legt,
demgemäß der Wille

von Mehrheiten über
Minderheiten
bestimme, und dieser
Wille sich durch das
Wählen
vorgegebener
Parteien,
Parteiprogramme,
Politiker und
politischer Ideologien

abbilde. Mit einem
echten, aufgeklärten
Demokratie- und
Freiheitsverständnis
hat dies freilich nichts
zu tun.

- □ □ **Lesetipp: D**
emokratie und
Wahlen

- □ □ **Lesetipp: S**
elbstentmündigun

g durch Wahlen

- □ □ Lesetipp: U
ngültiges
Wahlrecht in
Deutschland:

Staatskrise oder Chance?

- □ □

Abschaffung der Parteien

"[...] sobald
Parteien existieren,

gesellt sich zu dem
eigentlichen Zweck
von Politik – das
Streben nach
Gerechtigkeit und
dem Guten – noch
ein zweiter Zweck
hinzu oder setzt
sich sogar ganz an

dessen Stelle: das
Wachstum der
Partei. [...] Die
strategischen
Erwägungen des
Wohls der Partei
stehen also dem
wirklichen Suchen
nach der Wahrheit

entgegen. Wenn
aber der Eintritt in
eine Partei der
einzige Weg ist,
wie man „wirksam
am öffentlichen
Leben teilnehmen“
kann (weil zum
Beispiel alle

einflussreichen
Positionen nur über
Parteienkandidatur
en erreicht werden
können), ist der
Widerspruch
perfekt: Menschen,
die die Wahrheit
und die

Gerechtigkeit über
das
Parteieninteresse
stellen, haben
kaum Chancen,
Bundeskanzlerin zu
werden – nicht, weil
sie nicht gewählt
werden würden,

sondern weil sie
gar nicht
kandidieren
könnten. [...]"

Der gesamte
Beitrag auf [antjesc](#)

hrupp.com: Simone Weils Plädoyer für die Abschaffung der politischen Parteien

- □ □

Homöopathie boomt

Nach Angaben
des Deutschen
Zentralvereins
homöopathischer
Ärzte (DZVhÄ)
verschreiben drei
von vier
niedergelassenen

Allgemeinärzten
und Internisten
gelegentlich bis
sehr oft
homöopathische
Arzneimittel. Laut
einer
Allensbach-Studie

zur Homöopathie
aus dem Jahre
2009 sind sie
auch bei den
Patienten sehr
beliebt, so der
Bundesverband
der

Arzneimittel-Hersteller e.V. in einer Pressemitteilung. Der Grund dafür liegt darin, dass homöopathische Arzneimittel kaum Nebenwirkungen

haben und bei
vielen

Beschwerden als
sehr wirkungsvoll
gelten.

Gleichzeitig seien
sie kostengünstig
und belasteten die

Gemeinschaft der
Versicherten
nicht. Sie
machten lediglich
0,003 Prozent der
Gesamtausgaben
der gesetzlichen
Krankenkassen

aus.

- □ □

**Kardiologen
weisen
AOK-Studie
zurück**

Aus einer vom
AOK
Bundesverband
in Auftrag
gegebenen
Online-Befragung,
die als Studie
präsentiert wird,

glaubt man
ableiten zu
könnnen, dass
insbesondere
Fachärzte von
ihren 52
Wochenarbeitsst
unden zu

wenige für
Kassenpatienten
aufwenden.
Befragt wurden
insgesamt 322
Haus- und
Fachärzte,
darunter 17

fachärztliche
Internisten
(Nephrologen,
Diabetologen,
Angiologen und
Kardiologen).
Bereits im Juli
war im Spiegel

zu lesen, dass
gesetzlich
Versicherte
deutlich länger
auf einen
Termin beim
Facharzt warten
müssten als

Privatpatienten,
wobei es am
schwierigsten
sei, "zu einem
Kardiologen
durchzudringen.
Dort müssen
Kassenpatienten

im Schnitt rund
71 Tage warten,
Privatpatienten
19."

Dies habe

wiederum eine
Umfrage der
AOK
Rheinland/Ham
burg ergeben.
Der
Bundesverband

Niedergelassen
er Kardiologen
(BNK) weist
dies als
unrichtige und
diffamierende
Unterstellungen

zurück. In
Wahrheit litten
die Ärzte
genauso unter
der
unerträglichen
Situation, so Dr.
Heribert Brück,

Pressesprecher
des BNK in
einer
Stellungnahme.
Ärzte arbeiteten
zum Teil mehr
als Hälfte ihrer
Arbeitszeit

unbezahlt, um
das System
überhaupt noch
am Laufen zu
halten. Alle
Patienten, die
nach
Einschätzung

des Hausarztes
kurzfristig einen
Termin
benötigen,
würden diesen
unabhängig von
ihrem
Versicherungsst

atus auch
erhalten.

**Schulmedizin –
und was gibt**

**es sonst
noch? Die Fünf
Biologischen
Naturgesetze -
was
"Krankheit"
wirklich ist:**

- Neue
Medizin / Fünf
Biologische
Naturgesetze

- Nicolas
Barro:

Ideologiefreie,
verantwortungs
volle
Anwendung der
fünf
biologischen
Naturgesetze

- Neue Mediz.in

- □ □

NATO-Krieg in Libyen

"[...] Die NATO
setzt
unterdessen
ihre
Bombenangriff
e auf Libyen
fort. Während

westliche
Medien eifrig
den Eindruck
verbreiten, der
»Nationale
Übergangsrat«
habe die Lage

in dem
nordafrikanisch
en Land
praktisch
vollständig
unter Kontrolle,
verteidigte

NATO-General sekretär Anders Fogh Rasmussen der Nachrichtenag entur Reuters

zufolge die
Fortsetzung
des Luftkriegs
[...]. In Caracas
hat
Venezuelas
Präsident

Hugo Chávez
das Vorgehen
der
Militärallianz in
Libyen erneut
als »Barbarei«
verurteilt. [...]

In Afrika und
Südamerika
lagerten 40
Prozent der
weltweiten
Erdölreserven,
»daher das

militärische
Interesse der
USA und
Europas an
diesem
Gebiet« , so
Chávez. [...]”

Der gesamte
Artikel auf [jung](#)
[eWelt:](#)
[Barbarei geht](#)
[weiter](#)

- **Lesetipp:**

Krieg:

Immer gut

für's

Geschäft

- **Lesetipp**

■ **Die**

Militäroperati

on gegen

Libyen

{jcomments
on}